

Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2018 bis 2021 (BT-Drucksache 20/2000)

Bewertung

Die Bundesregierung hat in einem sehr umfassenden Bericht in über 100 Seiten für die Zeit von 2018 bis 2021 ihr weltweites Engagement im Bereich der humanitären Hilfe dargelegt. Zunächst ist begrüßenswert, dass sich Deutschland daran beteiligt, die existentielle und lebensbedrohliche Not von Menschen auch außerhalb unseres Landes zu lindern. Das steht in einer guten Tradition.

Seit 2016 ist Deutschland inzwischen weltweit zweitgrößter Geberstaat für humanitäre Hilfe und hat seit 2018 die deutschen Mittel dafür um sage und schreibe 70% auf 2,57 Milliarden Euro im Jahr 2021 nochmals gesteigert. Warum Deutschland sich dazu entschlossen hat, seinen Beitrag für die Welthungerhilfe so exorbitant zu erhöhen, erschließt sich aus dem vorliegenden Bericht nur bedingt. Ein weltweit gestiegener Hilfsbedarf muss nicht zwangsläufig seitens Deutschland in solcher Höhe abgefangen werden. Als Wirtschaftsmacht ist es mit seinem Bruttoinlandsprodukt inzwischen auf den vierten Platz weltweit zurückgefallen und liegt hinter den USA, China und Indien. Wobei Indien erstaunlicherweise von Deutschland zwischen 2020 und 2025 insgesamt ca 1 Milliarde Euro Entwicklungshilfe Hilfe erhält. Humanitäre Hilfe noch nicht eingerechnet.

Es ist auch nicht plausibel vermittelbar und aus Deutschlands Sicherheitsverantwortung für Israel kontraproduktiv, dass die Bundesregierung die Zahlungsausfälle der USA an die UNRWA zur Unterstützung der Palästinenser freiwillig und ohne Not übernommen hat. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die UNRWA im Gazastreifen mit der israelfeindlichen Hamas praktisch identisch ist.

In diesem Bericht werden Kriegs- und Klimafolgen als Hauptursachen von Hunger und Not verantwortlich gemacht. Ausgeblendet wird der weiße Elefant, der deutlich sichtbar im Raume steht: das rasante Bevölkerungswachstum in nahezu allen Ländern, die von Hungersnot betroffen sind.

Der Afrikakenner Volker Seitz hat deutlich gemacht, dass nur eine rasche Einschränkung des Bevölkerungswachstums in vielen Ländern Afrikas die Zunahme des Hungers verhindere. Und er beklagt, dass seit Jahren ignoriert

werde, dass die Bereitschaft in den betroffenen Ländern mangelhaft sei, sich selbst um eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln zu kümmern. Dabei stellt er unumwunden fest: „Die wichtigste Ursache für Hunger wird nie genannt. Der Klimawandel und die Ukraine Krise sind schlichtweg zweitrangig gegenüber dem Wachstum der Bevölkerung“.

Und dieser Befund zu Afrika trifft letztlich auf alle Hungerregionen der Erde zu. 1999 lebten 6 Milliarden Menschen auf unserer Erde. Heute sind es bereits 8 Milliarden und bis 2050 wird sich allein die Bevölkerung in Afrika nochmals verdoppelt haben. Wenn seitens der hilfsbereiten Länder nicht nachdrücklich Einfluss auf diese Länder genommen wird, selbst etwas bezogen auf ihre Bevölkerungsentwicklung und für gute Regierungsführung zu unternehmen, dann wird, und das ist jetzt bereits erkennbar, das Hilfsvolumen der Geberländer letztlich immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Dieser Bericht macht dazu leider keinerlei Aussagen und gibt keine Perspektive für die nächsten Jahre und die Problematik eines ungesteuerten, weiteren Bevölkerungswachstums. Und das, obwohl eine solche Wachstumsrate durchaus auch noch klimarelevant ist.

Etwas peinlich vermittelt der Bericht der Bundesregierung insgesamt den Eindruck, dass Deutschland sich mit seiner exorbitanten Mittelsteigerung gehörig selbst lobt und sich strahlend als Vizeweltmeister unter den helfenden Ländern sieht. Im Wettlauf der Wohltäter will es ganz vorne mitmischen. Das wäre ja erträglich, vielleicht sogar lobenswert, wenn nicht gleichzeitig in Deutschland nahezu 40.000 Menschen obdachlos wären. Darunter 6.600 Kinder und Jugendliche und zudem noch etwa 49.000 verdeckt Obdachlose, die provisorisch nach ihrem Wohnungsverlust bei Freunden oder Verwandten untergekommen sind.

Und wir sehen, dass inzwischen 1,5 Millionen Menschen in Deutschland zunehmend die Tafeln freiwilliger Helfer besuchen – besuchen müssen, weil ihr Einkommen für die eigene Ernährung nicht mehr ausreicht. Vor diesem Hintergrund wären Teile dieser riesigen Summe statt für die weltweite humanitäre Hilfe in Deutschland vordringlicher anzulegen.

Um die verfügbaren Mittel für humanitäre Hilfe weltweit zielgerichtet und wirkungsvoller einsetzen zu können, engagiert sich Deutschland im Rahmen der Vereinbarungen im Grand Bargain. In dieser Übereinkunft der wichtigsten Geberstaaten für humanitäre Hilfe, wirken diese daran mit, dass die Effizienz der Mittelvergabe und Investitionen deutlich erhöht werden soll. Insbesondere soll mit strukturellen Veränderungen die Schwerfälligkeit und das deutlich erkennbare Eigeninteresse großer Nichtregierungsorganisationen behoben

werden. Dieses Ziel ist nach Urteil unterschiedlichster Fachleute bei weitem noch nicht erreicht. Ja mehr noch: viele sehen in der Arbeit der Nichtregierungsorganisationen ein sehr undurchschaubares Interessenkartell, das nicht immer dem Zielanliegen dienlich ist. Der Grand Bargain, soll dem abhelfen. Seitens der Welthungerhilfe wurde 2021 dazu allerdings das Fazit gezogen „zu wenig, zu langsam, zu wenig konsolidiert.“